



Pressemappe



Inhaltsverzeichnis

- I. Bündnisvorstellung**
- II. Aufruf 2014**
- III. Aktionskonsens**
- IV. Stimmen**
- V. Rückblick 2013**
- VI. Ausgewählte Pressemitteilungen**
- VII. Pressekontakt**

I. Bündnisvorstellung

Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ entstand im Oktober 2009. Damals organisierte das aus Antifa-Gruppen bestehende No Pasaran!-Bündnis eine Aktionskonferenz in Dresden. Ziel war es, noch mehr Initiativen an der Mobilisierung zu Massenblockaden gegen Europas größten Naziaufmarsch zu beteiligen.

Im Februar 2010 gelang es durch die Beteiligung von über 12.000 Menschen aus unterschiedlichen Spektren, den Aufmarsch zu verhindern.

Im Februar 2011 schafften es über 20.000 Menschen, die Demonstrationstrecke der Nazis zu blockieren. Ein bitterer Beigeschmack blieb. Eine Eskalationsstrategie der Polizei und massive Repression gegen Blockierer_innen und Aktivist_innen im Nachgang der erfolgreichen Blockaden prägten das Verhalten staatlicher Institutionen. Doch das Ziel einer Spaltung wurde nicht erreicht. Im Gegenteil, das Bündnis konnte sich weiter verbreitern und erfuhr eine große Solidaritätswelle.

2012 schließlich wurde das selbst gesteckte Ziel, den einst größten Naziaufmarsch Europas Geschichte werden zu lassen, vorerst erreicht. Am Abend des 13. Februars hatten bereits zig tausend Menschen auf der Aufmarschroute der Nazis deren "Trauermarsch" auf ein paar Meter um den Block verkürzt. Den für den 18. Februar angekündigten Samstags-Großaufmarsch sagten die Nazis in Folge der erneut breiten Mobilisierung zu Blockaden lieber im Vorfeld ganz ab. Stattdessen prägten weit über zehntausend Nazigegner_innen auf einer entschlossenen und lautstarken Demonstration das Bild in der Stadt.

Im Jahr 2013 ist es erstmals gelungen, im Rahmen einer überwiegend regionalen Mobilisierung erfolgreiche Blockaden durchzuführen. Dabei konnten die angereisten Neonazis nicht einmal den Startpunkt ihrer Demonstration erreichen, sondern wurden bereits bei ihrer Anreise am Hauptbahnhof oder im Stadtgebiet Dresden aufgehalten. Dies zeugt von einer tiefen Verankerung des Bündnisanliegens in der Dresdner Bevölkerung. An diesen Erfolg gilt es in den kommenden Jahren anzuknüpfen.

Aktiv an der Vorbereitung beteiligt, sich möglichen Naziaktivitäten auch im Februar 2014 in den Weg zu stellen, sind weiterhin Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, Parteien, Jugend- und Studierendenverbände, Initiativen sowie engagierte Einzelpersonen.



jusos sachsen



linksjugend
['solid]



II. Aufruf 2014

Wieder Setzen! Nazis blockieren! Sit down again! – Block Nazis! Gegen Opfermythos und Naziaufmarsch.

Sie lassen nicht locker: Seit vielen Jahren versammeln sich Nazis am und um den 13. Februar in Dresden zu einem sogenannten „Trauermarsch“. Am Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg wollen sie die Geschichte verdrehen und verbreiten den Mythos von der „unschuldigen Stadt“. Die von der Stadt betriebene problematische Tradition des „stillen Gedenkens“ bietet zusätzlich Anschlusspunkte, und so konnte sich in Dresden zeitweilig Massenblockaden. Durch die solidarische Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Bündnispartner_innen konnte das gemeinsame Ziel erreicht und die Nazis in Dresden gleich im ersten Anlauf gestoppt werden. Auch in den folgenden Jahren haben tausende Gegendemonstrant_innen Zivilen Ungehorsam geleistet und sich damit gegen Rassismus und Geschichtsrevisionismus positioniert. Mit ihrem Engagement setzten sie ein klares Zeichen: Damit kommt ihr hier nicht durch! Die deutlich ansteigende Beteiligung aus Dresden konnte die abnehmende bundesweite Mobilisierung ausgleichen. Nachdem sich 2012 ca. 1500 Neonazis zum Fackelmarsch versammelten, waren es 2013 noch ca. 800. Eines steht fest: der nationalistische Großaufmarsch ist und bleibt Geschichte!

Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ war von Beginn an mehr als ein reines Aktionsbündnis. Zu unserer Erfolgsgeschichte gehört auch der Mahngang „Täterspuren“. Mit ihm ist es uns gelungen, für die NS-Geschichte Dresdens zu sensibilisieren und einen Kontrapunkt zur offiziellen städtischen Erinnerungspolitik zu setzen. Um den Gedenkdiskurs in Dresden auch in Zukunft mit einer kritischen Perspektive zu begleiten, werden wir dieses Projekt fortführen.

Dem großen Engagement tausender Antifaschist_innen steht bis heute staatliche Repression entgegen. Immer noch kriminalisieren sächsische Behörden unseren Protest durch Ermittlungs- und Gerichtsverfahren. Dabei schreckte die Dresdner Staatsanwaltschaft nicht vor Beweismittelunterdrückung zurück und Polizist_innen tätigten Falschaussagen vor Gericht. Dass sie damit selbst bei der berüchtigten sächsischen Justiz nicht durchkommen, verdeutlichen Freisprüche und zahlreiche Verfahrenseinstellungen in den sogenannten "Blockadeprozessen". Dennoch beharrt der Freistaat auf dieser Strategie der Einschüchterung. Dahinter steht die fatale Extremismuskonzeption, welche antifaschistisches Engagement mit Naziaktivitäten gleichsetzt. Vor dem Hintergrund des institutionellen Versagens bei den NSU-Morden ist dies umso skandalöser. Für uns steht fest: Antifaschismus können wir nicht dem Staat überlassen! Wir stehen weiterhin zusammen für Antifaschismus und gegen jeden Versuch autoritärer Einschüchterung.

Dresden hat immer noch eine hohe Symbolkraft für die Rechte Szene. Weiterhin melden Nazis über das ganze Jahr Aufmärsche und Kundgebungen an. Für uns als Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ steht fest: Wir werden wieder einschreiten, wenn Nazis im Februar erneut versuchen, Geschichte zu verklären und ihre menschenverachtende Ideologie zu



verbreiten. Die Erfahrung hat gezeigt: Sie zu ignorieren macht sie stärker. Wir waren bisher erfolgreich – wir werden es auch 2014 sein.

Unsere Strategie bleibt dabei das Erfolgskonzept der Blockade. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen.

Wir sind solidarisch mit allen, die unser Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern. Dabei bleibt es!

Und es bleibt auch dabei: Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, Blockaden sind legitim.

Mach mit! Sei dabei – No pasaran!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

III. Aktionskonsens

- „Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Naziaufmarsch.
- Von uns geht dabei keine Eskalation aus.
- Unsere Massenblockaden sind Menschenblockaden.
- Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den
- Naziaufmarsch zu verhindern.“



IV. Stimmen

Dr. Herbert Lappe, Mitglied der Jüdischen Gemeinde zu Dresden:

„Wo der Rechtsstaat versagt, muss der verantwortungsvolle Bürger eigenständig handeln! Und so lange Leute wie Holger Apfel im Sächsischen Landtag mit göbbelsschen Parolen wie ‚Nur wer deutsches Blut in seinen Adern fließen hat, kann für uns ein Deutscher sein.‘ ungestraft hetzen dürfen,(...) so lange werde ich mich denen anschließen, die die Freiheit mit allen möglichen friedlichen Mitteln verteidigen. Wenn nötig, auch durch die Teilnahme an Sitzblockaden. Meine Kinder sollen nie fragen müssen, weshalb wir Juden uns nicht rechtzeitig gewehrt haben.“

Feine Sahne Fischfilet, Band:

„Blockieren? Na klar! Wir denken, dass es wichtig ist, weiterhin groß nach Dresden zu mobilisieren und zu den Blockaden aufzurufen. Wir denken, dass nur kontinuierliche Arbeit gegen Neonazis und Rassismus etwas bringt und finden es somit super, dass es „Dresden Nazifrei“ trotz der Repression seitens des Staates immer noch gibt! Wir sehen uns beim rumhocken auf der Straße!“

Alexis Passadakis, Mitglied im Attac-Rat:

"Die Eurozonen-Krise erschüttert die Gesellschaften. Es gibt progressive soziale Proteste in Südeuropa, aber auch einen Rechtsruck und neue faschistische Strömungen. Angst und Irrationalität nehmen in Zeiten ökonomischer und sozialer Krisen zu. Deshalb ist es umso notwendiger, rassistischer Hetze entgegen zu treten. In Dresden und überall in Europa."

Markus Tervooren, Geschäftsführer VVN-BdA Berlin:

"Die Dresdner Staatsanwaltschaft will mich und andere als ‚Landfriedensbrecher‘ und ‚Rädelsführer‘ vor Gericht stellen und verurteilen lassen. Das ist natürlich Quatsch - nicht ich und andere Antifaschist_innen haben über Jahre hinweg den Dresdner ‚Landfrieden‘ gebrochen, sondern die neonazistischen Anhänger der Mörderbande ‚NSU‘. Die Blockaden in Dresden brauch(t)en keine ‚Rädelsführer‘, wohl aber tausende Menschen mit Zivilcourage, Überzeugungstäter eben, denen Rassismus und Antisemitismus und tausendfache NS-Verherrlichung unerträglich ist. Den Dresdener ‚Landfrieden‘, der es den Neonazis jahrelang ermöglichte, ungehindert aufzumarschieren, ihr Selbstbewusstsein und Selbstverständnis stärkte, brechen wir auch im Februar 2013 wieder gerne. Naziaufmärsche blockieren ist unser Recht! Und es ist gegenüber den Opfern der alten und neuen Nazis auch unsere Pflicht."

ZSK, Band:

„Wir freuen uns sehr, dass wir es gemeinsam mit mehr als 20.000 Menschen geschafft haben Europas größten Naziaufmarsch zu verhindern. Dresden ist für die Nazis endgültig gelaufen und das ist gut so. Damit das aber auch so bleibt, müssen wir weiter den Druck aufrecht erhalten. Also jetzt erst Recht 2013 nach Dresden und den Nazis in die Suppe spucken!“

Strom & Wasser, Band:



„Wir unterstützen euch sehr gerne, weil jeder der ‚Ja‘ sagt zu Demokratie und Menschenrecht gleichzeitig ‚Nein‘ sagen muss zu den zutiefst menschenverachtenden Zielen und Idealen der NPD.“

Astrid Rothe-Beinlich, MdL B90/GRÜNE Thüringen und Vizepräsidentin des Landtags:

"Immer dann, wenn Nazis versuchen, historische Daten für ihre menschenverachtende Ideologie zu missbrauchen, ist die Zivilgesellschaft gefordert, sich diesen mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen zu stellen. Ich werde mich dabei auch nicht einschüchtern lassen und selbstverständlich auch in diesem Jahr an den Blockaden beteiligen, auf dass die Naziaufmärsche bald Geschichte sind."

V. Rückblick 2013

Nicht lang gefackelt: Rückblick auf den 13. Februar 2013

Einige Wochen sind nun seit dem 13.02. vergangen und es wird Zeit für eine Rückschau auf den diesjährigen Februar.

Generell ist festzuhalten, dass der 13. Februar für das Bündnis “Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ ein großartiger Erfolg gewesen ist, mit dem selbst engagierte Aktivist_innen kaum gerechnet hätten. Zum 4. mal in Folge ist es gelungen, den ehemals größten Naziaufmarsch Europas zu blockieren. Wie bereits im vergangenen Jahr haben die Nazis ihren einstigen Großaufmarsch am Wochenende nach dem 13. Februar gleich selbst ausfallen lassen. Dieses Jahr haben wir es mit eurer Hilfe aber auch erstmals geschafft, den Fackelmarsch am Abend des 13.02. selbst zu verhindern, nachdem wir die Aufmarschstrecke des Fackelmarsches 2012 bereits stark verkürzt hatten.

Ein besonderer Dank geht an die Tickercrews, die Sanis, die Menschen von coloRadio und alle anderen externen Strukturen, die uns am Aktionstag unterstützt haben!

Dass der Tag so ein Erfolg geworden ist, ist uns vor allem durch den Einsatz Tausender Dresdnerinnen und Dresdner gelungen, die sich ihr Recht auf zivilen Ungehorsam nicht haben nehmen lassen. Doch auch dieses Jahr kamen bis zu 1000 Menschen von außerhalb, aus Berlin, Leipzig, Jena und vielen weiteren Städten, um uns mit personeller und organisatorischer Unterstützung unter die Arme zu greifen. Allen diesen Menschen gebührt unser Dank. Etwa 5000 Menschen haben auch 2013 die Naziszene auf ganzer Linie scheitern lassen und für eine nachhaltige Demotivation und Demobilisierung auf Naziseite gesorgt. Das beweisen die Teilnehmer_innenzahlen der rechten Trauermärsche (nach über 7000 im Jahr 2009 sind dieses Jahr gerade noch etwa 800 Nazis nach Dresden angereist) sowie Kommentare und Artikel auf einschlägigen rechten Internetseiten.

Dabei haben wir Erfolge auf verschiedenen Ebenen erringen können:

Der Täterspurenmahngang

Der Mahngang Täterspuren, 2011 von der Stadt noch verboten, konnte 2012 erstmals stattfinden. Er ist ausdrücklich als Alternative zur bis dahin geltenden Doktrin der Dresdner Erinnerungspolitik gedacht, nach der im stillen Gedenken an die Zerstörung der vorgeblich unschuldigen Kunst- und Kulturstadt Dresden gedacht werden sollte. Dass sich seit der Gründung des Bündnisses Dresden Nazifrei einiges im Erinnerungsdiskurs der Stadt Dresden verändert hat, zeigt dabei vor allem die Tatsache, dass dieses Jahr an einem Mittwoch Mittag um 12:30 Uhr über 3000 Menschen zusammenkamen, um an einem Rundgang teilzunehmen, der die Spuren der Verwicklung Dresden in das NS-System aufzeigen soll.

Nachhaltig gewirkt hat die Unzufriedenheit eines großen Teils der Dresdner Bevölkerung mit der kontextlosen Darstellung ihrer Stadt als unschuldiges Kriegsoffer offenbar auch auf die Stadtoffiziellen. Zwar werden Störungen des offiziellen Gedenkprozederes auch heute noch wie eh und je von Polizei und Sicherheitskräften rabiat unterbunden. Der gesellschaftliche Diskurs über Geschichtsverständnis und Gedenkkultur wird damit erschwert, eine öffentliche



Kritik an problematischen Veranstaltungen ordnungspolitisch abgewehrt. Inhalt und Form wurden in der Vergangenheit allerdings auf Grund des Drucks der Zivilgesellschaft mehrfach geändert. So wurde mit der Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof eine der wichtigsten Möglichkeiten für die NPD abgeschafft, sich ins offizielle Gedenkgeschehen unhinterfragt einzureihen. Die Oberbürgermeisterin wird in ihren Trauerreden nicht müde zu betonen, dass der 2. Weltkrieg als Vernichtungsfeldzug von Deutschland ausging. Und die Menschenkette wird nicht mehr als „Schutzschild gegen Extremisten“, sondern explizit als „Zeichen gegen Rechtsextremisten“ (sic!) bezeichnet.

Dies alles ist noch weit davon entfernt, eine zufriedenstellende Position zum Erinnern in Dresden darzustellen, Geschichtsrevisionismus ist nicht aus den Köpfen verschwunden! Gerade im Gewand der Kontextualisierung des Kriegsgeschehens verbirgt sich viel zu oft die Tendenz, die deutsche Kriegsschuld zu verschleiern, indem allgemein die schlimmen Folgen von Krieg und Konflikt betont werden. Sinnbildlich sichtbar wird dieses in-Beziehung-setzen von deutscher Kriegsschuld und dem „Leid der deutschen Zivilbevölkerung“ wiederum auf dem Heidefriedhof, wo in dem dortigen Stehlenrondell Dresden, Coventry und Auschwitz wie selbstverständlich in einer Reihe stehen. Dieses Rondell ist nach wie vor zentraler Bestandteil der offiziellen Dresdner Gedenkfeierlichkeiten.

Die Erinnerungspolitik wird also auch in Zukunft ein wichtiges Arbeitsfeld des Bündnisses Dresden Nazifrei bzw. der darin vertretenen Organisationen sein.

Zudem konnten durch den Mahngang Täterspuren mehrere Tausend Menschen an geplanten Aufmarschort der Nazis herangeführt werden.

Die Blockaden

Von Anfang an war es der Schnelligkeit, Informiertheit und Flexibilität Tausender Menschen zu verdanken, dass der 13. Februar für die Nazis zum Desaster geworden ist. Dem Bündnis kam dabei die Rolle zu, Infrastruktur wie Lautsprecherwagen etc. zu liefern, damit Blockaden erfolgreich durchgeführt werden konnten, sowie eine Informationsstruktur zu etablieren, um den Blockierer_innen Handlungsempfehlungen geben zu können. Letztendlich waren es aber die Menschen auf der Straße, die autonom entschieden, wie sie sich anhand unserer Handlungsempfehlungen und der durch die anderen am Aktionstag aktiven Ticker gelieferten Informationen verhalten. Die allermeisten Blockadepunkte wurden zunächst vollkommen ohne Zutun des Bündnisses initiiert. Es gab auch in diesem Jahr weder Rädelführer, noch eine autoritäre Kommandostruktur, wie sie von der Staatsanwaltschaft und anderen gern herbei halluziniert wird.

Bereits kurz vor dem Ende des Täterspurenmahngangs versuchten Menschen, auf den geplanten Aufmarschort am Sachsenplatz bzw. auf die angemeldete Route zu gelangen. Dabei kam es zum ersten Mal zu einem Aufeinandertreffen zwischen Blockierer_innen und Polizeiketten. Trotz des Einsatzes von Pfefferspray und Schlagstöcken gelang es einigen hundert Menschen, den ersten großen Erfolg des Tages einzufahren: unter diesen Umständen war es den Nazis den ganzen Tag über unmöglich, ihre geplante Route abzulaufen.

Bis in den späten Nachmittag hinein herrschte große Unklarheit darüber, wie und auf welchem Weg die Nazis nach Dresden gelangen würde, zumal die ursprüngliche Planung, in Kleingruppen zum Aufmarschort zu gelangen, durch die Platzbesetzung auf dem Sachsenplatz nicht mehr realisierbar war.



Als sich dann abzeichnete, dass sich sowohl am Haltepunkt Strehlen als auch am Hauptbahnhof mehrere hundert Nazis mit der Absicht sammelten, zeitnah los zu marschieren, reagierten die Menschen auf der Straße zügig und bewegten sich in Richtung Bahndamm. Das trotzdem die bestehenden Blockadepunkte auf der Lennéstraße durch genug Menschen gehalten werden konnten, ist auch Ausdruck dafür, mit welchem großem Potenzial die Aktionen des Bündnisses in diesem Jahr ausgestattet waren.

Etwa 600 Nazis konnten direkt am Hauptbahnhof blockiert werden. Ein wichtiger Erfolgsfaktor war dabei die Tatsache, dass das Bündnis zum wiederholten Mal erfolgreich an der Menschenkette für eine Teilnahme an den Blockaden geworben hat. Etwa 2000 Menschen bewegten sich im Anschluss an die Menschenkette vom Pirnaischen Platz in Richtung Hauptbahnhof und zeigten damit, dass für sie ein symbolisches Zeichen gegen „Rechtsextremismus“ [sic!] nicht mehr ausreichte und sie den Nazis den Weg versperren wollten. Dies wäre vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen und stellt einen Beweis für den Wandel im städtischen Diskurs über die Legitimität von Blockaden dar.

Nach vielen Stunden des frustrierenden Wartens mussten die Nazis am Hauptbahnhof unverrichteter Dinge wieder abziehen und wurden in ihre Züge nach Hause verfrachtet, woraufhin sich die mehreren Tausend Blockierer_innen vor Ort in Richtung der zu dem Zeitpunkt bereits bestehenden Blockaden auf der Parkstraße bzw. am Lennéplatz bewegten.

Die etwa 250 Nazis am Haltepunkt Strehlen konnten zunächst ungestört loslaufen. Zwar hatten sich bereits frühzeitig Menschen in Kleingruppen von den Blockaden auf der Lennéstraße nach Strehlen bewegt, auf Grund der massiven Polizeipräsenz vor Ort war es aber nicht möglich, dort zu blockieren.

Allerdings kamen die Nazis nur etwa 1000 Meter weit. Nachdem sie von der Polizei an einer Blockade auf dem Lennéplatz vorbei geführt wurden, bildete sich in kürzester Zeit eine weitere Blockade auf der Parkstraße, was dazu führte, dass die Nazis von 2 Seiten geradezu eingekesselt wurde. Mehrere Stunden mussten sie dort tatenlos in der Kälte verharren und sich die Durchhalteparolen ihres Führers Udo Pastörs anhören, der gegen die BRD-GmbH und ihre Antifa-Verbündeten wettete, die demokratische Rechte der letzten guten Deutschen beschneiden würden. Offensichtlich hielt sich der Unterhaltungswert des 30er-Jahre-Reenactments aber in Grenzen, so dass immer wieder Nazigruppen versuchten, aus dem Kessel von Dresden über eine offene Baustelle auszubrechen, daran aber von der Polizei gehindert wurden.

Nachdem nun auch in der Parkstraße die Zeit für die Nazis abgelaufen war und alle Beteiligten Feierabend machen wollten, wurde von den Blockierer_innen ein Weg zurück zum Haltepunkt Strehlen geöffnet. Begleitet von einer Spontandemo des Bündnisses wurden die Nazis so zurück zu ihren Zügen eskortiert.

Im Fazit über die Ereignisse des Aktionstages lässt sich aus Sicht des Bündnisses festhalten, dass unser Blockadekonzept voll aufgegangen ist: die Nazis konnten keines ihrer politischen Ziele erreichen, sondern haben eine weitere, krachende Niederlage eingefahren. Bis auf eine Kleingruppe Nazis, die an der Südseite des Hauptbahnhofs aus einem dünn besetzten Polizeikessel ausbrechen und mit etwa 100 weiteren Kameraden einen kurzen Fackelmarschversuch auf der Budapester Straße durchführten, bevor sie durch die Polizei wieder zum Hauptbahnhof gebracht wurden, gab es für die Nazis keinen einzigen wirklichen Demonstrationstermin zu gehen. Besonders armselig verlief der Abmarsch der in der Nähe des geplanten Aufmarschortes vergeblich auf die am Hauptbahnhof und auf der Parkstraße



feststehenden Nazis wartenden NPD-Landtagsfraktion, die nach mehreren Stunden des vergeblichen Ausharrens mit ihrem kleinen Tross in Richtung Hauptbahnhof zog. Angesichts der Tatsache, dass der Mythos Dresden einmal einer der zentralen Bezugspunkte der Rechten Szene Europas gewesen ist, ist so ein jämmerliches Schauspiel für die Nazis wohl kaum als Erfolg zu werten, sondern eher als sichtbares Zeichen der eigenen Niederlage.

Der Polizeieinsatz

Nachdem 2011 noch von einem massiven Polizeieinsatz gekennzeichnet war und man versucht hatte, Sitzblockaden mit Wasserwerfern, Räumpanzern, Hubschraubern und Drohnen zu bekämpfen, wurde bereits ein Jahr später auf eine weitaus deeskalativere Polizeitaktik gesetzt. Und siehe da: kam es 2011 noch zu hunderten Verletzten und war die Szenerie von einem großen Konfliktpotential gekennzeichnet, so gab es ab 2012 kaum noch körperliche Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Blockierer_innen. Auch 2013 hielt sich der Dresdner Polizeipräsident Kroll weitgehend an seine vorher angekündigte Linie, nicht „für die Nazis kämpfen“ zu wollen. Der Wandel in der Polizeistrategie kann als klarer Erfolg unseres Aktionskonsenses gesehen werden:

- „Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Naziaufmarsch.
- Von uns geht dabei keine Eskalation aus.
- Unsere Massenblockaden sind Menschenblockaden.
- Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.“

Wir haben nun schon mehrfach gezeigt, dass die Menschen auf unseren Blockaden diesen Aktionskonsens tatsächlich als Konsens betrachten und sich bewusst für dessen Einhaltung entscheiden. Wir haben damit, nach dem Motto „Sagen, was man tut und tun, was man sagt“, unter Beweis gestellt, dass wir vorher getroffene Aussagen verlässlich einhalten und damit erheblich zur Sicherheit der Blockadeteilnehmer_innen, aber eben auch zu einem Wandel innerhalb des Sicherheitsapparats beitragen. Denn sicher ist auch: die Polizei richtete, nach den für sie unrühmlichen Geschehnissen von 2011, ihre Taktik in den Folgejahren vor allem danach aus, was ihrer Meinung nach geeignet ist, einen „entspannten Tagesverlauf“ herbeizuführen: so wenig Stress mit so wenig Menschen wie möglich und die Nazis so schnell und unkompliziert wie es geht wieder raus aus der Stadt. Das hat dieses Jahr wieder funktioniert. Ob dieser Wandel des Verhaltens allerdings nachhaltig sein wird, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen. Hier gilt es, aufmerksam zu bleiben und alle Entwicklungen innerhalb der Sicherheitsstruktur genau zu beobachten.

Am 13. Februar entstanden vor allem an 2 Punkten Konflikte mit der Polizei: zum einen, als versucht wurde, vom Täterspurenmahnweg aus auf den Sachsenplatz und die angemeldete Naziroute zu gelangen. Dort wurden Pfefferspray und Schlagstöcke gegen Blockierer_innen eingesetzt, ohne dass die Menschen dadurch daran gehindert worden wären, ihr Ziel zu erreichen. Unverständlich bleibt weiterhin der abendliche Polizeieinsatz in der Nähe des Lennéplatzes, bei dem auch unter Einsatz von Gewalt versucht wurde, eine der dort errichteten Blockaden aufzulösen. Warum dies in einer Situation nötig gewesen sein soll, in der sich ohnehin keiner der anwesenden Nazis auch nur einen Meter bewegt hätte, bleibt wohl das Geheimnis der Polizeikräfte.

Ein ganz anderes Bild als die weitgehend deeskalativ agierenden Polizeibeamten zeichneten die auch an diesem Tag, unter anderem gegen eine satirische Aktion an der Frauenkirche, eingesetzten Kräfte der Dresdner Polizeibehörde (Ordnungsamt). Im Abschlussbericht der Polizeibeobachtung Dresden heißt es dazu: „Die Mitarbeiter der Polizeibehörde



(Ordnungsamt Dresden) erfüllten teilweise polizeiliche Aufgaben, wie z.B. am Abend an der Frauenkirche und erweckten dabei den Eindruck, mit diesem Einsatz stark überfordert zu sein. Auf Unübersichtlichkeit oder andere Schwierigkeiten wurde durch die Mitarbeiter der Polizeibehörde in der Regel mit unverhältnismäßiger Aggressivität und Gereiztheit reagiert. Deeskalierende Bemühungen waren auf Seiten der Polizeibehörde der Stadt Dresden zu keinem Zeitpunkt erkennbar. Aus Sicht der AG Polizeibeobachtung stellt sich die Frage, ob es angemessen ist, ausgerechnet an einem solch sensiblen Tag wie dem 13. Februar – im Vergleich zur Polizei sehr unzureichend ausgebildete Einsatzkräfte, wie die Polizeibehörde Dresden für polizeiliche Aufgaben einzusetzen.“ Das Dresdner Ordnungsamt hat damit wiederholt seine Unfähigkeit und seinen fehlenden Willen unter Beweis gestellt, mit dem Themenkomplex 13. Februar angemessen umzugehen.

Für uns steht jedenfalls fest: wenn wir auf die Straße gehen, ist es nicht unser Ziel, den Konflikt mit der Polizei zu suchen. Wir werden uns aber auch nicht von ihr daran hindern lassen, unsere Ziele zu erreichen. So war es bis jetzt und so wird es auch in den nächsten Jahren bleiben.

Die Perspektiven

Für das kommende Jahr steht für uns, nach der nun in Ruhe und mit dem gebotenen Abstand geführten Reflexion der Kampagne und des Aktionstages fest: Dresden Nazifrei als Aktionsbündnisses ist weiterhin ein Erfolg. Aus diesem Erfolg ergeben sich für uns aber eine große Verantwortung, mit denen wir uns zukünftig auseinandersetzen müssen.

So darf nicht mehr hinter das Erreichte in der Stadt zurückgefallen werden, sowohl was die veränderte Einschätzung zur Legitimität von Blockaden in der Stadtbevölkerung, die Veränderungen im Gedenkdiskurs oder auch was die erzwungenen veränderten Positionen im konservativen Lager angeht (Akzeptanz von zumindest Protest in Hör- und Sichtweite). Zudem darf das geschaffene Bewusstsein bei vielen tausend Menschen über die Stärke und den Erfolg Zivilen Ungehorsams und auch die Fähigkeit diesen zu organisieren nicht verloren gehen – auch das sehen wir als Aufgabe an.

Vor allem aber erwächst für uns aus den Erfolgen die Verantwortung, den Weg auch konsequent zu Ende zu gehen: Es ist nicht zu erwarten, dass sich 2014 keine Nazis mehr am 13. Februar in Dresden sammeln wollen und es keine Anmeldungen aus dem faschistischen Spektrum an diesem Tag geben wird. Solange aber Nazis versuchen, den 13. Februar in Dresden für sich zu vereinnahmen, Geschichtsrevisionismus auf die Straße zu tragen und rechte Propaganda inszenieren wollen, solange wird auch Dresden Nazifrei mit der gleichen Konsequenz gegen genau diese Vorhaben vorgehen und sie, wie 2010, 2011, 2012 und eben auch 2013, verhindern.

Zu Ende kann der Weg auch in der Auseinandersetzung mit der Stadtverwaltung nicht sein. Auch 2013 waren wir von Seiten der Versammlungsbehörde massiver Repression ausgesetzt, exemplarisch festzumachen an dem dreisten Verbot unseres angesetzten Innenstadttourings und dem fast schon traditionellen Verwirr- und Versteckspiel um Nazianmeldung, Demorouten und Sachlage am 13. Februar. Das Dresdner Ordnungsamt ist entweder inkompetent aufgestellt oder offen sympathisierend mit der Naziszene, anders lassen sich diese Phänomene nicht erklären. Hier ist weiter politischer Druck gefragt, bis die Oberbürgermeisterin endlich ihren Laden in den Griff bekommt. Und auch im Gedenkdiskurs hat die Stadt noch einen weiten Weg vor sich, auch wenn gute erste Schritte gegangen wurden. Zum Heidefriedhof wurde weiter oben schon einiges gesagt, wir halten diese



Veranstaltung weiterhin für überflüssig. Und auch das Gerede vom Stillen Gedenken ist zwar in konservativen Kreisen angesichts unserer Erfolge in die Defensive geraten, aber keineswegs verschwunden und ihm muss auch weiterhin stets deutlich und vernehmbar widersprochen werden. Bis es, wie in anderen Städten auch, endlich üblich ist, dass die Oberbürgermeisterin und andere führende Vertreter_innen der Stadt Dresden in der ersten Reihe mit Antifaschist_Innen gegen Nazis stehen und sitzen, hat Dresden noch viel Auseinandersetzung zu führen.

Für uns als Bündnis stellen sich mit den sinkenden Zahlen von Naziteilnehmer_innen die Fragen nach klaren Zielen und angepassten Strukturen. 2013 haben wir den Übergang vom bundesweiten zum regionalen Aktionsbündnis bewältigt, wenn auch nicht abgeschlossen. Dieser Weg muss, weiter gegangen werden, im gleichen Zug muss die Kampagne in ihrem Aufwand den hier vor Ort verfügbaren Ressourcen angepasst werden. Wie genau das Bündnis für die Kampagne 2014 aussehen soll, welcher Art unsere Kampagne sein wird und welche Ziele wir für uns definieren, dazu werden wir uns in den kommenden Wochen und Monaten verständigen. Organisationen und Einzelpersonen, die sich unserem Aktionskonsens anschließen, sich mit Engagement und Ressourcen einbringen können und wollen, sind eingeladen, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Eines aber bleibt als klares Statement des Bündnisses „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“:

Kein Fuß breit den Faschist_innen! ;No Pasarán!

Weitere Auswertungen:

[Undogmatische Radikale Antifa Dresden](#)

[Aktionsnetzwerk Jena](#)

[AG Polizeibeobachtung Dresden](#)



VI. Ausgewählte Pressemitteilungen



Pressemitteilung

Dresden, 22.06.2011: Stellungnahme des Bündnis »Nazifrei! - Dresden stellt sich quer« zum massiven Datenmissbrauch durch Polizei und Staatsanwaltschaft in Dresden – Pressekonferenz am Donnerstag

Wie die »taz« (Montag, 20.06.) berichtete, haben die Ermittler der sächsischen »SOKO1902« Handydaten von zehntausenden Menschen ausspioniert, die am 19. Februar 2011 in Dresden gegen Nazis demonstrierten. Es wurden bereits drei Tage nach den erfolgreichen Blockaden ein- und ausgehende Verbindungen erfasst, unabhängig davon, ob es sich um Anrufe oder Kurznachrichten handelte. Durch diese, einer Rasterfahndung nicht unähnlichen Methode, wurden neben den Daten aller Nazis, Polizisten und Gegendemonstranten auch die Daten der im Dresdner Stadtteil Südvorstadt lebenden Menschen aufgenommen, gespeichert und dem Vernehmen nach bis jetzt noch nicht gelöscht. »Offiziell sollten mit dieser Massenabfrage bei Mobilfunkanbietern Personen gefunden werden, die zuvor Polizisten angegriffen hatten«, so die »taz«. Bereits jetzt ist aber klar, dass die gesammelten Daten für Ermittlungen gegen BlockiererInnen missbraucht worden.

»Wenn der Sprecher der Staatsanwaltschaft jetzt erklärt, die gesammelten Daten würden nicht in Verfahren gegen BlockiererInnen eingesetzt, so erscheint das angesichts der aufgetauchten Daten in Ermittlungsakten Betroffener absolut unglaublich«, so Pressesprecherin Franziska Radtke am Dienstag. »Mit der massiven Überwachung zehntausender Menschen verlassen Polizei und Staatsanwaltschaft nun schon zum wiederholten Mal den Boden der Rechtmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit. Das ist ein Angriff auf die Demonstrationsfreiheit und die Grundrechte aller. Das Bündnis begrüßt daher die Überlegungen von ver.di, rechtlich gegen die Datenerfassung vorzugehen. Auch wir werden uns rechtliche Schritte vorbehalten.«, so Radtke weiter.

Das Bündnis »Dresden Nazifrei!« ruft alle Personen, die sich am 19. Februar in Dresden aufgehalten haben, dazu auf, abzufragen, ob ihre Daten gespeichert worden sind. »Sollte dies der Fall sein, bitten wir die Betroffenen, die Rechtmäßigkeit der Datenerfassung gerichtlich überprüfen zu lassen«, so Sprecherin Radtke.

Ein entsprechendes Formular ist auf der Webseite von Dresden Nazifrei zu finden: www.dresden-nazifrei.com. Zudem können Betroffene das Bündnis unter repression@dresden-nazifrei.com oder der Büronummer 0177 / 499 70 70 erreichen.

Weiterhin wird „Dresden-Nazifrei“ am kommenden Donnerstag mit einer **Pressekonferenz** auf die Geschehnisse reagieren. Dazu laden wir **um 11 Uhr ins Haus der Demokratie und Menschenrechte (Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin)** ein. Es werden Albrecht Schröder (OB Jena / SPD), Isabell Reichenberger (Interventionistische Linke), Konstantin Wecker (Liedermacher), Bodo Ramelow (MdL Thüringen / Die Linke), Ringo Bischoff (ver.di / Jugendsekretär) und Kristin Pietrzyk (Anwältin für das Bündnis „Dresden-Nazifrei“) für Stellungnahmen zum Datenskandal in Sachsen zur Verfügung stehen.

Pressemitteilung

Dresden, 12.08.2011: Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ sieht im Agieren der Staatsanwaltschaft Dresden einen gezielten Einschüchterungsversuch gegen antifaschistisch engagierte Personen.

Am vergangenen Mittwoch wurden Wohnung und Dienstzimmer des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht. Wenige Tage zuvor hatte er sich in einem Artikel des Wochenmagazins Spiegel kritisch zu den Ermittlungsmethoden der sächsischen Behörden geäußert. Bündnissprecherin Franziska Radtke dazu: „Dass ein nicht staatstreues Interview im „Spiegel“ offensichtlich Repression und Einschüchterung nach sich zieht, hat mit Demokratie nichts mehr zu tun. Hier wird versucht Kritiker mundtot zu machen.“

Radtke weiter: „Rechtsbeugung und Rechtsbruch sind in Sachsen offenbar anerkannte Ermittlungsmethoden. Politische Meinungsbildung wird per Diffamierung, Einschüchterung und Rufmord betrieben. Rechtsstaatlichkeit bedeutet eben nicht, dass der Staat immer im Recht ist, Herr Hille! Das Grundgesetz beinhaltet Abwehrrechte des Bürgers gegen unzulässige staatliche Eingriffe, die auch für Ihre Behörde verbindlich sind“, so Radtke mit Blick auf die umstrittenen Äußerungen des Sprechers der Dresdner Staatsanwaltschaft in der heutigen Ausgabe der „taz“. Dabei hatte der Dresdner Staatsanwalt die Kritiker seiner Behörde mit Rechtsextremisten und Querulanten verglichen.

„Es offenbart den eklatanten Mangel an demokratischem Bewusstsein der Staatsanwaltschaft Dresden, wenn deren Sprecher Fragen zur Rechtmäßigkeit der eigenen Ermittlungsmethoden als Anmaßung empfindet und diese mit Rechtsextremismus gleichsetzt. Wenn sich die Staatsanwaltschaft Dresden nun auch noch als letzte Bastion von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie inszenieren möchte ist die Grenze zur Realsatire endgültig überschritten.“, ergänzte Radtke.



Pressemitteilung

Dresden, 30.11.2011 – Das Bündnis „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ begrüßt die Beschlüsse der AG 13. Februar als Fortschritt und ruft weiterhin zu Massenblockaden auf

Bereits Ende letzter Woche einigte sich die AG 13. Februar, bestehend aus Vertretern der Stadt, Parteien, Vereinen und Organisationen sowie Unternehmen auf den gemeinsamen Proteststrahlen für den kommenden Februar 2012. So soll die Kranzniederlegung wegfallen und am 13. Februar wieder eine Menschenkette stattfinden; für den 18. Februar ist eine zentrale Kundgebung in Hör- und Sichtweite des Naziaufmarsches geplant. Zu Blockaden wird nicht aufgerufen, diese werden aber auch nicht verurteilt.

Franziska Radtke, Bündnissprecherin von „Dresden-Nazifrei“ dazu: „Wir begrüßen die Fortschritte der Stadt im Umgang mit dem ehemals größten Naziaufmarsch Europas. Vor allem das den Nazis mit der Streichung der Kranzniederlegung am Heidefriedhof eine Plattform des Geschichtsrevisionismus genommen wurde, ist ein Fortschritt. Mit den Beschlüssen zum 18. Februar wird die Möglichkeit zu einem vielfältigen Protest gegeben. Endlich erkennt auch die Stadt, dass der Naziaufmarsch ein Problem darstellt. Das ist sicherlich auch unserer erfolgreichen Arbeit zu verdanken.“

Das Bündnis „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ fordert alle Bürger_innen dazu auf, den Naziaufmarsch wieder zu blockieren und damit rassistischen und geschichtsrevisionistischem Gedankengut keinen Raum auf Dresdens Straßen zu lassen. „Gerade nach dem Skandal um rassistische Morde durch eine Nazigruppe aus Zwickau, die fragwürdige Ermittlungsspannen mit ermöglichten, reicht es uns nicht, uns nur neben die Nazis zu stellen. Die Zivilgesellschaft muss jetzt Platz nehmen, um zu verhindern, dass Faschisten in Dresden und anderswo weiter Fuß fassen können. Die Stadt Dresden sollte dafür sorgen, dass Blockierende nicht schikaniert und kriminalisiert werden.“, so Franziska Radtke weiter.

Das Bündnis „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“, bestehend aus Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Organisationen, antifaschistischen Gruppen, religiösen Bewegungen und Einzelpersonen ruft seit 2010 zur Blockade des Naziaufmarschs auf, der im Zuge des Gedenkens an die Zerstörung Dresdens im Februar 1945 sich zur größten faschistischen Demonstration in Europa entwickeln konnte. Dabei wirkt es auch kritisch auf den Umgang der Stadt mit dem Gedenken an ihre Zerstörung ein.



Presseinformation

Pressemitteilung des Bündnis „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ vom 18.02.2012, 17:00 Dresden am 18.2. weitestgehend nazifrei - Mehr als 10.000 Menschen auf Demonstration des Bündnisses – Deutliches Signal gegen Nazis und Repression antifaschistischen Engagements

Das Bündnis „Dresden Nazifrei“ hat heute sein Ziel erreicht: Die Nazis haben nicht versucht wie in den vorangegangenen Jahren einen Großaufmarsch auf die Beine zu stellen – Dresden blieb heute weitestgehend nazifrei. Bis zuletzt war man darauf vorbereitet, einen möglichen Aufmarschversuch seitens der Rechten blockieren zu können. Auf der Demonstration, an der 10.000 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen, sollte nicht nur ein Zeichen gegen Nazis gesetzt werden. Vielmehr ging es darum, antifaschistisches Engagement zu stärken. In den vergangenen Jahren war die sächsische Justiz massiv gegen Nazigegnerinnen und -gegner vorgegangen. Am Blockadebündnis Beteiligte wurden mit Verfahren überzogen, die Immunität von Bundes- und Landtagsabgeordneten aufgehoben. Außerdem gedachte man der mindestens 177 Todesopfer rechter Gewalt seit 1989 auf Schildern im vordersten Teil der Demonstration und unterstrich damit die Notwendigkeit eines offensiven Vorgehens gegen Nazis und ihre menschenverachtende Ideologie.

Die Spektren übergreifende Zusammenarbeit ist das Erfolgsrezept des Bündnisses. So organisierten Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, Parteien, zivilgesellschaftliche Initiativen und religiöse Gruppen die Blockaden am 13.2. und die heutige Demonstration gemeinsam. An der Demonstration nahmen unter anderem Ringo Bischoff, Henning Homann, Gesine Löttsch, Freya Maria Klinger und Monika Lazar teil, Antifa-Fahnen wurden geschwenkt.

Monika Lazar auf der Abschlusskundgebung: "Ein großer Erfolg. Die Nazis sind weg und wir sind viele. Dieser Erfolg war nur möglich, weil bundesweit tausende Menschen die Zivilgesellschaft von Dresden unterstützt haben."

Bündnissprecherin Franziska Radtke kann das nur bekräftigen: "Wir haben heute den Nazis in Dresden keinen Meter gelassen und sie werden sich sicherlich überlegen, ob sie es in Dresden nochmal versuchen wollen. Unser Dank gilt all denjenigen die seit nunmehr 3 Jahren das Bündnis mit begleiten. Die Starthilfe von außerhalb war unerlässlich - spätestens am 13. Februar diesen Jahres haben wir Dresdnerinnen und Dresdner selbst das Ruder in die Hand genommen und deutlich gemacht: In dieser Stadt ist kein Platz für Nazis!" Konstantin Wecker und Künstler_innen aus der Region rundeten die Abschlusskundgebung vor dem Haus der Begegnung ab. Dem Bündnis ist der Erfolg sicher: Der Nazigroßaufmarsch in Dresden ist Geschichte.

Pressemitteilung

Dresden, 13.07.2012 – Die Staatsanwaltschaft Dresden stellt erste Verfahren nach §129 ergebnislos ein. Das Bündnis "Nazifrei! – Dresden stellt sich quer" fordert die Einstellungen aller Verfahren.

Die Verfahren wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129 StGB gegen am 19. Februar 2011 im Haus der Begegnung Dresden in Gewahrsam genommene Personen wurden eingestellt. Dies teilte die Staatsanwaltschaft Dresden den Betroffenen in entsprechenden Schreiben diese Woche mit. Zuvor hatten mehrere Betroffene über ihre Anwälte Verzögerungsrüge aufgrund des nunmehr seit sechzehn Monaten andauernden Ermittlungsverfahrens ausgesprochen. Franziska Radtke, Sprecherin des Bündnisses „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ dazu: „Viel zu spät, aber letztlich folgerichtig sind die jetzigen Einstellungen ergangen. Es gab schließlich aus unserer Sicht nicht den Hauch eines Ermittlungsansatzes. Der gesamte Fall um das Haus der Begegnung wirft stattdessen schwerwiegende Fragen zur politischen Motivation und Verhältnismäßigkeit des Agierens von Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt auf.“

Mit den jetzt erfolgten Einstellungen bleiben allerdings weiterhin mehr als zwanzig Verfahren nach §129 StGB offen. Die von diesen Verfahren Betroffenen planen ebenfalls, Verzögerungsrüge auszusprechen. Ihnen wird vorgeworfen, organisiert Rechtsradikale angegriffen und verletzt zu haben. Radtke dazu: „Wir halten auch diese Verfahren lediglich für ein Konstrukt, das gezielt entwickelt wurde, um umfangreiche Strukturermittlungen gegen Linke vornehmen zu können. Schließlich wird den Ermittlungsbehörden mit dem Paragraphen 129 ein umfangreiches Repertoire an Methoden zur Seite gestellt, das sowohl Telefonüberwachung, Internetüberwachung als auch flächendeckende Observationen und Rasterfahndung ermöglicht.“ Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ fordert vor diesem Hintergrund die sofortige Einstellung sämtlicher Ermittlungsverfahren.

Das Haus der Begegnung war am 19. Februar 2011 von einem Sondereinsatzkommando der Polizei illegal gestürmt worden. Für die rechtswidrig in Gewahrsam Genommenen bedeutete das sechzehn monatige Ermittlungsverfahren eine enorme Belastung. Franziska Radtke: „JedeR Betroffene spürte die allgegenwärtigen Augen und Ohren. In Sachsen setzen die Ermittlungsbehörden gegen eine wachsame Zivilgesellschaft Methoden ein, die eines Rechtsstaates unwürdig sind. Wir fordern deshalb, die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements sofort zu beenden. Dazu gehört auch, alle Verfahren gegen Blockierer_innen des Neonaziaufmarsches vom 19.02.11 sofort einzustellen und die Namen von 302 Personen, gegen die ein Strafverfahren allein wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet wurde und die deshalb in einer Verbunddatei 'Innere Sicherheit' beim BKA gespeichert wurde, sofort aus dieser zu löschen.“

Vor dem Hintergrund der Ermittlungsverfahren in Dresden gehört der §129 auf den Prüfstand. „Wir fordern die vollständige Abschaffung eines solchen Schnüffelparagraphen. Nur dann ist gesichert, dass kein politischer Missbrauch von Seiten der Ermittlungsbehörden erfolgen kann“, so Radtke abschließend.

Pressemitteilung

Dresden, 17.01.13: +++ Anti-Nazi Aktivist zu Haftstrafe verurteilt + Unschuldsvermutung in Dresden aufgehoben + Exempel soll an Antifaaktivist_innen statuiert werden + Bündnis steht solidarisch an der Seite des Betroffenen +++

Einen harten Urteilsspruch gegen einen Blockadeaktivisten gab das Amtsgericht Dresden gestern bekannt. Ein Jahr und 10 Monate Haft ohne Bewährung lautet das Urteil für den Mann, dem schwerer Landfriedensbruch, Rädelsführerschaft und Beleidigung vorgeworfen wird.

Die Staatsanwaltschaft blieb Beweise für die Anklage schuldig. Der Einzige Tatzeuge der Staatsanwaltschaft entlastete den Angeklagten, die Verurteilung gründet sich allein auf eine vermeintlich ähnliche Statur des Angeklagten mit einer Person in einem verpixelten Polizeivideo. Diese soll per Megafon aufgefordert haben „nach vorne zu kommen“. Für Gericht und Staatsanwaltschaft gleichbedeutend mit einer Aufforderung „die Polizeikette zu durchbrechen“. Angesichts des Ergebnisses der Beweisaufnahme spricht die Verteidigung von einem reinen Boulevard-Urteil, das lediglich mit Vermutungen und Allgemeinplätzen hantiert.

Auch Prozessbeobachter_innen sprechen von einer merklich politisch motivierten Entscheidung. Silvio Lang, Pressesprecher des Bündnisses „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ erklärt dazu: „Dass Dresdner Gerichte für ihre merkwürdige Rechtsprechung bekannt sind, ist nichts Neues. Allerdings müssen wir feststellen, dass bei aktiven Neonazis wie der Kameradschaft Sturm 34 nur Geld- und Bewährungsstrafen verhängt werden, während an Antifaschist_innen offensichtlich andere Maßstäbe angesetzt werden. Man muss sich Frage stellen, ob es eine politisch motivierte Rechtsprechung in Sachsen gibt.“

Der Beschuldigte soll am 19. Februar 2011 per Megafon eine Menschenmenge aufgewiegelt und zum Durchbrechen einer Polizeisperre mit den Worten "nach vorne" aufgefordert haben. In seiner Urteilsbegründung erklärte Richter Hans-Joachim Hlavka, dass Dresden die Ausschreitungen um den 13. Februar herum "satt habe" und dass damit "jetzt endlich mal Schluss" sein müsse.

"Durch die mündliche Urteilsbegründung wurde deutlich, dass es heute nicht um den Angeklagten ging. Das Gericht scheint in dem ersten Verfahren gegen einen vermeintlichen Rädelsführer ein Exempel statuieren zu wollen.", so Lang weiter. "Dies macht sich auch im Strafmaß deutlich. Weder die Tatsache, dass der Angeklagte nicht vorbestraft ist, noch, dass er eine sichere Arbeitsstelle und Familie hat, reichten dem Richter für eine positive Sozialprognose." Weiter führt Lang aus: "Es wurde der Eindruck erweckt, dass gerade auf Grund der Tatsache, dass der Beschuldigte bei der Fraktion die LINKE arbeitet, die Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt worden sei."

Das Bündnis Dresden Nazifrei verurteilt diese Fehlentscheidung des Gerichts. „Wir stehen weiterhin solidarisch an der Seite derjenigen, die auf Grund ihres zivilen Ungehorsams staatlicher Repression ausgesetzt sind und werden weiter für deren Straffreiheit kämpfen. Wir haben auf jeden Fall einen längeren Atem als die Sächsische Justiz.“, so Lang abschließend.



Pressemitteilung

Dresden, 30.01.2013: +++ Stadtverwaltung Dresden erlässt faktisches Verbot eines öffentlichen Blockadetrainings + Bündnis beantragt Eilrechtsschutz beim VG Dresden +++

Für den 02. Februar hat das Bündnis „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ ab 14 Uhr auf dem Dresdner Altmarkt eine Versammlung angemeldet. Auf der Veranstaltung mit dem Titel „Innenstadttraining“ sollte es um die szenische Darstellung einer Menschenblockade gehen. Ziel und Zweck der Veranstaltung sollte es sein, mittels eben jener Darstellung in den Meinungsdiskurs mit der Öffentlichkeit über die Aktionsform Blockade und ihre Legitimität zu treten.

Heute, am 30.01. und somit nur drei Tage vor der Aktion, erging seitens der Stadt Dresden ein Auflagenbescheid für die von Frau Dr. Cornelia Ernst (MdEP, DIE LINKE) in unserem Namen angemeldete Veranstaltung. Dieser untersagt sowohl die szenische Darstellung, als auch jeglichen positiven Bezug zur Aktionsform Blockade und verunmöglicht somit die Durchführung in ihrer geplanten Form.

Dazu erklärt Silvio Lang, Sprecher „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“:

„Die Stadt Dresden, vertreten durch die Versammlungsbehörde, zeigt erneut, dass sie in den letzten Jahren nichts hinzugelernt hat. Die Untersagung einer angemeldeten Versammlung, mit der in keinster Weise Rechte Dritter tangiert werden, verstößt fundamental gegen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und ist in unseren Augen durch nichts zu begründen.“

Das Bündnis hat in Absprache mit seinem Rechtsbeistand entschieden, einen Antrag auf Eilrechtsschutz beim Verwaltungsgericht Dresden zu stellen.

„Wir warten jetzt auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Dresden und werden uns dann nochmals mit unserem Rechtsbeistand beraten. Wir bauen weiterhin darauf, dass wir die Veranstaltung wie geplant werden durchführen und unserer Meinung Ausdruck verleihen können, dass Blockaden eine legitime und notwendige Form sind, auf Naziaufmärsche zu reagieren.“ so Lang abschließend.



Pressemitteilung

Dresden, 13.02.2013: +++ Blockaden von Dresden Nazifrei behindern Plan der Nazis massiv + Nazis erreichen eigentliche Route gar nicht + deutlich weniger Nazis als erwartet +++

In Folge seiner Blockadestrategie hat das Bündnis "Nazifrei! Dresden stellt sich quer" mit mehreren Blockaden an strategischen Punkten für eine Durchkreuzung der Nazistrategie gesorgt. Anders als geplant, konnte die Nazidemo nicht in der Pirnaischen Vorstadt stattfinden, sondern Nazis sammelten sich an den Bahnhöfen Hauptbahnhof und Strehlen. Somit ist eine massive Behinderung der Nazidemo ermöglicht worden.

Dazu erklärt Bündnissprecher Silvio Lang: "Wir gehen davon aus, dass der Sachsenplatz als Ort der Auftaktkundgebung der Nazis geplant war. Diesen Punkt haben wir frühzeitig blockiert und auch weitere Kreuzungen in der Nähe. Dadurch mussten die Nazis doch zentral an den Bahnhöfen gesammelt werden. Ein Szenario, auf das wir immer hingedrängt haben."

Die Stadtverwaltung in persona der Versammlungsbehörde unter Herrn Lübs hatte sich lange gegen einen zentralen Anreiseort verweigert. Offensichtlich haben die Ereignisse sie nun dazu gezwungen.

"Wenn sich die Zahl von 600-800 Nazis bestätigt, haben wir einen weiteren Erfolg erzielen können. Denn somit wären nochmal deutlich weniger Nazis nach Dresden gekommen, als erwartet. Dem entgehen standen mehr als 3000 Teilnehmer_innen beim Täterspurenmahngang und im weiteren Verlauf bis zu 4000 Gegendemonstrant_innen an verschiedenen Blockadepunkten und im Nachgang der Menschenkette. Das ist deutlich mehr als wir im Vorfeld erwartet haben und zeigt, dass eine breite Masse der Bevölkerung genug von Nazidemos in der Stadt hat und über Symbolpolitik hinaus aktiv sein will. Das stille Gedenken nach Vorstellung von CDU/FDP und Stadtverwaltung hat offensichtlich endlich ausgedieht.", so Lang abschließend.



Pressemitteilung

Dresden, 22.10.2013: +++ Verwaltungsgericht: Mahngang-Verbot von 2011 rechtswidrig + Urteil bestätigt Rechtsauffassung von Blockadebündnis + Dresdner Versammlungsbehörde erleidet krachende Niederlage +++

Das Verwaltungsgericht Dresden hat am vergangenen Freitag nach fast dreijährigem Rechtsstreit das faktische Verbot des Mahnganges "Täterspuren" im Jahr 2011 für rechtswidrig erklärt. Die Beauftragung der geplanten Demonstration durch die Versammlungsbehörde Dresden unter ihrem Leiter Ralf Lübs für den 19. Februar 2011, die unter dem Verweis des Trennungsgebotes eine Verlegung aus der Altstadt in die Dresdner Neustadt vorsah, war dem Urteil nach unverhältnismäßig.

Dazu erklärt der Sprecher des Bündnisses „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ Silvio Lang:

"Dieses Urteil bestätigt in weiten Teilen unsere stets geäußerte Rechtsauffassung und ist die nächste krachende Niederlage für die Stadt Dresden und OB Orosz beim Versuch, antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren. Das Trennungskonzept mit der Trennlinie Elbe ist somit nach dem faktischen Scheitern 2011 nun auch endgültig juristisch gescheitert. Obwohl einerseits die Menschenkette problemlos akzeptiert wurde, durfte unser Mahngang nicht stattfinden. Das Gericht hat diesen Versuch der Trennung in "gute" und "schlechte" Proteste gegen den Naziaufmarsch scharf kritisiert."

In seinem Urteil verweist das Verwaltungsgericht darauf, dass ein Trennungskonzept, wenn überhaupt, nur dann für sämtliche Aktionen gegen den Naziaufmarsch hätte angewendet werden dürfen, wenn dies ausdrücklich auch für die Menschenkette gegolten hätte und tatsächlich alle Elbquerungen gesperrt worden wären. Zumal, auch darauf wird im Urteil verwiesen, bereits im Vorfeld den Behörden klar war, dass die Menschenkette ebenso Ausgangspunkt für Blockadeaktivitäten sein konnte und es dann auch war. Aus Sicht des Bündnisses Dresden Nazifrei ist noch schwerwiegender der Einwand des Gerichtes, dass es sehr viel mildere Varianten des Umganges als das Trennungskonzept mit der Trennlinie Elbe gegeben hätte, die nicht angewendet wurden.

"Die polizeilich gewünschte Trennungslinie Elbe hat das Gericht als unverhältnismäßig und somit auch als zu hartes Mittel abgelehnt. Wir hoffen nun, dass endlich ein Lernprozess bei der Dresdner Versammlungsbehörde einsetzt. Seit Jahren verletzen die Verantwortlichen fortgesetzt das Versammlungsrecht, zuletzt durch das de-facto-Verbot des öffentlichen Blockadetrainings Ende Januar 2013. Oberbürgermeisterin Orosz ist aufgefordert hier endlich einzugreifen und personelle Konsequenzen zu ziehen. Es darf nicht sein, dass die Versammlungsbehörde - insbesondere Herr Lübs, Frau Bley und Herr Beck - wichtige Grundrechte selbstherrlich aushöhlen. Schon jetzt muss OB Orosz den Steuerzahler_innen in der Stadt erklären, warum sie es auf einen Urteilsspruch ankommen ließ, der nun zur Folge hat, dass die Stadt alle Verfahrenskosten zu tragen hat, obwohl der Kläger Falk Neubert (MdB DIE LINKE. Sachsen) der Stadt ein Vergleichsangebot gemacht hatte, dass eine Kostenteilung beinhaltete.", so Lang abschließend.

Pressemitteilung

Dresden, 19.12.2013: +++ Bündnis Dresden Nazifrei verwundert über Reaktion der Oberbürgermeisterin zur Einladung zu Gespräch + Oberbürgermeisterin darf sich nicht hinter der AG 13. Februar verstecken + Bedeutung des 13. Februar erfordert persönliche Gesprächsbereitschaft der Oberbürgermeisterin +++

Am heutigen Mittwoch gab der neue Moderator der AG 13. Februar der Stadt Dresden, Joachim Klose, Leiter der Dresdner Vertretung der Konrad Adenauer Stiftung, bekannt, dass das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ die Oberbürgermeisterin bereits zu einem Gespräch über die Vorbereitung des 13. Februar 2014 eingeladen hat. Außerdem erwähnte Klose, dass er und der Sprecher der Stadt Dresden, Kai Schulz, an Stelle der Oberbürgermeisterin auf das Gesprächsangebot eingehen werden.

Dazu erklärt Silvio Lang, Sprecher des Bündnisses: „Uns verwundert zunächst die Art und Weise, auf unsere persönliche Einladung an die Oberbürgermeisterin über die Presse zu reagieren. Des weiteren sind wir sehr irritiert darüber, dass die Oberbürgermeisterin trotz direkter Einladung als erste Bürgerin der Stadt am Gespräch nicht teilnehmen will.“

Bereits in den vergangenen zwei Jahren fanden Gespräche zwischen dem Bündnis Nazifrei und der AG 13. Februar statt. Dabei wurde Übereinstimmung erreicht, dass beide Seiten die Aktionsformen gegenseitig tolerieren. „Wir sehen keine Notwendigkeit, den status quo nochmals festzuhalten“ so Lang. Das Bündnis möchte jetzt jedoch einen Schritt weiter gehen und mit der Oberbürgermeisterin zusammen erörtern, wie künftig der Umgang mit dem Gedenken und dem geplanten Naziaufmarsch am 13. Februar gestaltet werden kann.

„Unsere Einladung an die Oberbürgermeisterin gilt nach wie vor, richtet sich allerdings an sie persönlich und nicht an einen von ihr eingesetzten Moderator. Wir erwarten von Frau Orosz, sich uns gegenüber eindeutig dazu zu positionieren, ob sie bereit ist unsere Einladung anzunehmen“ so Silvio Lang abschließend.

Einladung an OB Orosz:

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Orosz,

das Bündnis "Nazifrei! - Dresden stellt sich quer" möchte mit diesem Schreiben an Sie nun unseren Worten Taten folgen lassen. Wir laden Sie persönlich, als erste Bürgerin der Stadt Dresden, zu einem gemeinsamen Gespräch über den Umgang mit dem Februarkomplex ein. Gern wollen wir mit gegenseitigem Respekt über eine gemeinsame, progressive Lösung zu den jährlichen Naziaufmärschen im Februar in Dresden und dem für Rechte offenen Gedenkdiskurs zur Bombardierung der Stadt im Jahre 1945 sprechen.

[Der Oberbürgermeisterin ist ein Termin- und Ortsvorschlag gemacht worden.]

Um ein Gespräch auf Augenhöhe zu ermöglichen, bitten wir darum, dass jede Gesprächspartei mit maximal 3 Teilnehmern erscheint.

Über eine positive Rückantwort freuen wir uns.

Mit freundlichen Grüßen

Silvio Lang
Pressesprecher
Bündnis "Nazifrei - Dresden stellt sich quer"

VII. Pressekontakt

Mail: presse@dresden-nazifrei.com

Pressesprecher Silvio Lang erreichen Sie unter der Handynummer 01573-6872276

